



Optimismus, Perspektive, Lebensfreude – das erwarten die Menschen gegenwärtig von der Politik. Jedenfalls vergeht kaum eine Talkshow, in der nicht diese Forderung formuliert wird. Das SGK forum trägt gern sein bescheidenes Scherflein mit diesem Symbolbild bei. Wir wissen natürlich nicht, worauf dieses unbeschwerte Familienglück basiert. Vielleicht: Der Vater ist selbständiger Apotheker und konnte einen größeren Posten günstig erworbener FFP2-Masken zu Apothekenpreisen beim Gesundheitsministerium abrechnen. Zudem hat er beizeiten Amazon-, Tesla- und VW-Aktien in sein Depot gelegt. Die Mutter hat während des Homeschooling alle fachlichen und didaktischen Fähigkeiten für den Lehrerberuf erworben und legt im Frühjahr das zweite Staatsexamen ab. Sie ist auch noch im Besitz ihres alten PCs aus Student\*innentagen, darin die Festplatte mit der Bitcoin-Wallet von 2012. Das Foto könnte auf Sansibar (Tansania) aufgenommen sein – ein bekanntlich coronafreier Hotspot unter den Urlaubsdestinationen. Mehr Optimismus haben wir grad' nicht im Angebot. Ausreichend?

Foto: Satya Tiwari / Pixabay

Videokonferenzen gehören inzwischen zum täglichen Brot im Berufsleben und bei ehrenamtlich oder politisch Engagierten. Die Technik entwickelt sich rasant weiter und es kommen neue Erfahrungen hinzu – bisweilen leidvolle, wie wir kürzlich aus dem Kanzleramt vernehmen konnten. Hoffentlich nicht leidvoll wird die elektronische Jahreshauptversammlung der SGK Berlin am 7.5., zu der alle Mitglieder herzlich eingeladen sind. Norbert Przesang beschreibt die gesetzlich vereinfachten Regeln während der Corona-Pandemie. **Seiten 2 und 10**

Gegenwärtig ist alles irgendwie Corona. Aber es gibt – versprochen – eine Zeit danach. Mit Themen und Herausforderungen, die zur Zeit nur überdeckt sind. Und Themen und Herausforderungen, die neu gedacht und gelöst werden müssen. Franziska Giffey hat sie für uns zusammengefasst. **Seite 3**

Berlin und Brandenburg bilden gemeinsam eine Metropolregion. In welchen Bereichen eine enge Verzahnung bei Projekten und Planungen notwendig ist und wie die Zusammenarbeit auf politischer Ebene weiter intensiviert werden kann, beschreibt Raed Saleh auf **Seite 4**

SGK Berlin:

## Jahreshauptversammlung

Seite 2

Franziska Giffey:

## Herzessache Berlin

Seite 3

Raed Saleh:

## Für eine starke Metropolregion

Seite 4

Michael Müller:

## Mobilitätswende sozial gestalten

Seite 6

Gaby Bischoff:

## Aufwind aus Portugal?

Seite 7

Oliver Igel:

## Leitlinien ersparen Bürgerleid

Seite 8

Cansel Kiziltepe:

## Neustart für Soloselbständige

Seite 9

Oliver Igel:

## Lebendige Nachhaltigkeit

Seite 9

Norbert Przesang:

## Vereine im Notstand

Seite 10

# SGK

Einladung zur

## Jahreshauptversammlung der SGK Berlin e.V. am Freitag, 7. Mai 2021, 17.00 Uhr

als digitale Versammlung

Die Tagesordnung sowie Hinweise zu Anmeldung und Teilnahme finden sich auf Seite 2 dieses Heftes.

**BITTE  
VORMERKEN**

## JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

### Einladung zur Jahreshauptversammlung der SGK Berlin e.V.

#### Tagesordnung:

1. **Eröffnung und Begrüßung**  
Beschluss über die Tagesordnung
2. **Wahl der Kommissionen**
  - a. Wahl der Wahlkommission
  - b. Wahl der Mandatprüfungskommission
  - c. Wahl der Zählkommission
3. **Bericht des Vorstandes**
  - a. Bericht des Landesvorsitzenden
  - b. Bericht des Schatzmeisters
  - c. Bericht der Revisoren
4. **Aussprache**
5. **Entlastung des Vorstandes**
6. **Wahlen**
  - a. einer/eines Landesvorsitzenden
  - b. einer/eines 1. Stellvertr.  
Landesvorsitzenden
  - c. von drei weiteren Stellvertr.  
Landesvorsitzenden
  - d. einer/eines Schatzmeisters
  - e. einer/eines Schriftführer(s)/in
  - f. der Beisitzer/innen
  - g. der Revisoren
7. **Wahlen der Berliner Delegierten zur Bundesdelegiertenversammlung der SGK am 21./22.1.2022 in Leipzig.**
  - a. Wahl von 6 Delegierten
  - b. Wahl von 6 Ersatzdelegierten
  - c. Nomination des/r Berliner  
Vertreters/in im Bundesvorstand
  - d. Wahl des/r Berliner Vertreters/in in  
der Antragskommission der  
Bundesdelegiertenversammlung
8. **Anträge**
9. **Verschiedenes**

**Freitag, 7. Mai 2021, 17.00 Uhr  
als digitale Versammlung**

**Vorherige Anmeldung erforderlich, bitte  
auch Erläuterungen rechts beachten.**

Liebe Mitglieder der SGK Berlin,

links seht Ihr die Einladung zu unserer Jahreshauptversammlung am Freitag, 7. Mai 2021 – als Online-Veranstaltung.

Sie sollte ursprünglich im November vergangenen Jahres stattfinden. Daraus wurde kurzfristig aus bekannten Gründen nichts. Da unsere Jahreshauptversammlungen für viele auch stets ein willkommen Anlass sind, sich auch abseits der Tagesordnung auszutauschen, wollten wir an einer Präsenzveranstaltung festhalten und haben auf das dann ja coronafreie Frühjahr gesetzt – die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Nun dann also am 7. Mai online.

**Bitte vorher anmelden.**

**Per Mail an [info@sgk-berlin.de](mailto:info@sgk-berlin.de)  
oder telefonisch 030 / 62 93 86 60**

Da die organisatorische Vorbereitung einige Herausforderungen bereit hält, brauchen wir im Vorfeld eure Unterstützung, und zwar: Wenn ihr an der Jahreshauptversammlung teilnehmen möchtet, gebt dies bitte unserem Büro mit einer kurzen E-Mail an [info@sgk-berlin.de](mailto:info@sgk-berlin.de) bekannt. So können wir sicherstellen, dass wir von euch eine gültige Mailadresse haben, können euch in den Systemen bereits hinterlegen und erledigen auf diese Weise auch schon die Aufgaben der Mandatsprüfungskommission.

Selbstverständlich kann man auch telefonisch an der Versammlung teilnehmen. Wer sich nicht mit dem Rechner einloggen kann oder will, sagt kurz telefonisch im Büro unter 030 / 46 92 – 143 oder besser noch im Homeoffice unseres Geschäftsführers unter 030 / 62 93 86 60 Bescheid und erhält auf diesem Wege die telefonischen Einwahldaten.

Beide Wege der Anmeldung – per Mail oder telefonisch – funktionieren ab sofort. Die konkreten Einwahldaten werden rechtzeitig vor der Versammlung verschickt. Technisch läuft es darauf hinaus, dass wir für die Videokonferenz „WebEx“ einsetzen und die Abstimmungen über das separate Tool „VotesUp“ organisiert werden – beides dürfte manchen von Euch inzwischen ja bekannt sein.

Zum Schluß noch eine weitere Bitte: Wenn Ihr Beiträge, Vorschläge oder Anträge für die JHV habt, lasst uns diese – wenn möglich – bitte bereits vor dem 7. Mai zukommen. Es vereinfacht die organisatorischen Vorbereitungen enorm.

Sehen (und/oder hören) wir uns am 7. Mai?

Euer Horst Porath  
Vorsitzender der SGK Berlin

### Die nächste Ausgabe

Heft 106 erscheint Mitte Juni 2021.

Redaktionsschluss ist am 06.06.2021.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht. Bitte termingerecht per e-Mail an [info@sgk-berlin.de](mailto:info@sgk-berlin.de) schicken.

## Für eine soziale und sichere Metropole

# Herzessache Berlin

### von Franziska Giffey

Unser Berlin gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der Welt. Dazu hat die sozialdemokratische Politik, die diese Stadt seit vielen Jahren mit großer Erfahrung und Kompetenz gestaltet, einen entscheidenden Beitrag geleistet. Wir wollen an diesen Erfolg anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln.

Unsere Ideen dafür haben wir mit dem Entwurf unseres Wahlprogramms vorgestellt, der jetzt in der Partei diskutiert wird. Am 24. April wird der Landesparteitag das Programm in seiner finalen Form verabschieden.

Unser Programm beschreibt unsere Vision für Berlin: eine lebenswerte Stadt für alle, eine familienfreundliche Stadt, eine Stadt der Gleichstellung, eine engagierte Stadt, eine klimafreundliche Stadt, die Kulturhauptstadt Berlin, die Gesundheitsstadt Berlin und die Sportstadt Berlin. Berlin als Metropolregion gemeinsam mit Brandenburg. Und wir beschreiben unsere fünf großen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen – die 5B's für Berlin: BAUEN – BILDUNG – BESTE WIRTSCHAFT – BÜRGERNAHE VERWALTUNG und BERLIN IN SICHERHEIT. Aus zahlreichen Gesprächen mit den Berlinerinnen und Berlinern weiß ich, dass dies die Themen sind, die viele Menschen bewegen. Mit knapp 200 Mitgliedern und Expert:innen haben wir in den einzelnen Kapiteln unsere Konzepte und Vorhaben für die kommenden Jahre formuliert.

Nach der Corona-Pandemie werden Menschen wieder begeistert nach Berlin ziehen und wir heißen sie willkommen. Um denen, die schon hier leben, und denen, die neu hinzukommen, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, müssen wir mehr Wohnraum schaffen. Bis 2030 wollen wir 200.000 neue Wohnungen bauen. Wir fördern eine soziale, nachhaltige und sichere Verkehrswende durch den Ausbau der E-Mobilität und des Öffentlichen Nahverkehrs und die Sanierung von Rad- und Fußwegen. Bei der Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung arbeiten wir mit Brandenburg eng zusammen. Wir werden Mieter:innen schützen, Gewerberäume sichern und den Verkehr stadtvträglich regulieren.

Bildung ermöglicht Zukunftsperspektiven. Wir richten daher unsere Bildungspolitik auf das zentrale Ziel der Chancengerechtigkeit aus. Den Weg zu gerechten und fair verteilten Bildungschancen für alle wollen wir weitergehen: Wir haben in den letzten Jahren die Ganztagsbetreuung ausgebaut, das kostenlose Schulmittagessen sowie das kostenlose BVG-Ticket für Schülerinnen und Schüler eingeführt. Für die Zukunft wollen wir das digitale Lernen weiter ausbauen, die Schulbauoffensive weiter vorantreiben und mehr Lehrkräfte ausbilden.

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin im Bundesvergleich seit über 15 Jahren das höchste Wirtschaftswachstum. Die von der Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pandemie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist es, dass die Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs kommt und zu ihrer alten Stärke zurückfindet. Gemeinsam mit Brandenburg wollen wir die Hauptstadtregion zu einer der spannendsten Wirtschaftsregionen Europas entwickeln und die Potenziale beider Bundesländer ausschöpfen. Eine florierende Wirtschaft sichert auch Arbeitsplätze. Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden.

Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt. Der öffentliche Dienst ist der Garant für Stabilität und eine

tragende Säule unserer Demokratie. Das ist mir besonders wichtig. Denn ohne eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Verwaltung kann unsere Stadt nicht gut funktionieren.

Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können. Für uns bedeutet Sicherheit nicht nur Schutz vor Kriminalität, sondern auch vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt sicher leben können. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein. Wir stärken denen den Rücken, die sich für unsere Demokratie einsetzen.



**Franziska Giffey**  
Vorsitzende der SPD Berlin

Wir haben unser Wahlprogramm unter das Motto „#HerzessacheBerlin“ gestellt. Das ist auch ein Motto, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Denn ich entscheide mich zurückzukommen, von der Bundesebene sozusagen nach Hause, nach Berlin. Ich bin bereit, für diese Stadt und für die Sozialdemokratie in Berlin meine Kraft, mein Wissen, meine Kompetenz und mein Engagement einzusetzen. Deshalb freue ich mich sehr über das große Vertrauen, die Solidarität und den Rückenwind der Berliner SPD – sowohl für mich als Spitzenkandidatin als auch für unseren Wahlprogrammmentwurf.

Für ein lebens- und liebenswertes Berlin braucht es die SPD mehr denn je. Wir sind die Berlin-Partei. Nur in Regierungsverantwortung können wir Dinge verändern und einen Unterschied machen. Unser Ziel ist, die Berlinerinnen und Berliner in den kommenden Monaten von unseren Ideen zu überzeugen, sie erneut für uns zu gewinnen und das Rote Rathaus zu verteidigen.

### **Bessere Wohnung gefunden? Günstigeres Bankkonto eröffnet? Frisch vermählt? E-Mail-Adresse gewechselt?**

Die SGK Berlin gratuliert herzlich zu diesen erfreulichen Ereignissen.

Allerdings nicht, ohne auf die sorgenvollen Blicke unseres Schatzmeisters und Geschäftsführers hinzuweisen. Die erfahren nämlich nichts automatisch von neuen Adressen, Kontodaten, Familiennamen – und dürfen dann mühsam nachforschen.

Daher: Die SGK teilhaben lassen mit einer kurzen E-Mail an [info@sgk-berlin.de](mailto:info@sgk-berlin.de)

# Berlin-Brandenburg – gemeinsam für eine starke Metropolregion

von Raed Saleh

Berlin befindet sich auch drei Jahrzehnte nach der Deutschen Teilung in einer besonderen räumlichen Situation. Die dicht besiedelte Metropole wurde zu Zeiten der Berliner Mauer durch das eher dünn besiedelte Brandenburger Umland umschlossen. In den vergangenen 30 Jahren hat sich jedoch in Brandenburg ein starker Ring um die deutsche Hauptstadt gelegt, der wie bei einer Zwiebel Schicht um Schicht in die Weite wächst. Die familiären, sozialen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Berlin und Brandenburg waren schon vor 100 Jahren und zur Gründerzeit von Groß-Berlin ausgeprägt. Durch den kontinuierlichen hohen Anstieg des Zuzugs nach Berlin und in den Brandenburger Speckgürtel in den vergangenen 15 Jahren sind die Verflechtungen glücklicherweise noch stärker geworden und stellen die Metropolregion Berlin-Brandenburg vor große Herausforderungen und vor große Chancen zugleich.



**Raed Saleh**

Vorsitzender der SPD-Fraktion  
im Abgeordnetenhaus

In Berlin-Brandenburg leben heute bereits sechs Millionen Menschen. Drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier tätig, vornehmlich im Dienstleistungsgewerbe, in der Gastronomie- und Tourismusbranche, in Politik und Verwaltung sowie zunehmend auch in Medizin und Forschung, genauso wie in den ständig anwachsenden, hochinnovativen Start-Ups. Jedes Jahr kommen viele weitere hinzu. Demographischen Prognosen zufolge könnte Berlin in zehn Jahren die 4-Millionen-Einwohner-Marke überschritten haben und auch die 2 Millionen Brandenburger in direkter Nachbarschaft könnten weiterhin kontinuierlich zunehmen.

Der enge Austausch zwischen beiden Bundesländern betrifft fast alle hier Lebenden und gehört für die Allermeisten zum Alltag. Hunderttausende Brandenburger pendeln täglich nach Berlin, um hier zu arbeiten. Umgekehrt fahren auch immer mehr Berliner ins Umland, wo sie ihren Job haben. Ein großer Anstieg dieser Berufspendler kommt durch den immer weiter fortschreitenden Ausbau des Wirtschaftsstandorts um den Flughafen BER dazu. Hier entsteht eines der dynamischsten und produktivsten Wirtschafts-Cluster in ganz Ostdeutschland, mit dem Großinvestor Tesla an der Spitze, dessen Engagement in der Metropolregion weltweit Aufmerksamkeit hervorgerufen hat.

Inzwischen zieht es auch immer größere Teile der Bevölkerung in den Speckgürtel, aufgrund der niedrigen Mieten oder um dort ein Haus zu erwerben. Kürzere Wege zu Jobs quasi vor der Haustüre werden dazu führen, dass die Herausbildung von unterschiedlichen dezentralen Wirtschaftszentren in der Metropolregion Berlin-Brandenburg noch zunehmen wird. Bereits heute gibt es starke Standorte in Berlin-Buch, in Adlershof, am und im erweiterten Umfeld um den Flughafen BER. In Marzahn-Hellersdorf hat sich in den vergangenen Jahren ein wirtschaftlicher Schwerpunkt der mittelständischen Wirtschaft herausgebildet, der wiederum nach Brandenburg ausstrahlt.

Wer in diesen dezentral gelegenen Standorten arbeitet, hat meist einen kürzeren Weg zwischen Arbeit und Wohnen zurückzulegen. Die brennenden Fragen nach Schulen, grenzüberschreitenden ÖPNV-Angeboten, nach medizinischer Versorgung und allen anderen Fragen der Infrastruktur und öffentlichen Versorgung stellen sich nun dringender denn je. Allen dürfte klar sein, dass diese Fragen nur grenzüberschreitend sinnvoll gelöst werden können.

Aktuell wird in der Politik ein Zusammenschluss der beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg nicht diskutiert. Die Politik beider Länder muss dringend Fragen der Verkehrsplanung, der Schullandschaft, der Wirtschaftsförderung und vieles mehr gemeinsam angehen, die für die Metropolregion von entscheidender Bedeutung sind. Wir müssen dringend Strukturen finden, wie die anstehenden Herausforderungen gemeinsam gelöst werden können. Wir brauchen eine weite engere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit und Koordinierung als bislang. Zum klaren Vorteil beider Länder.

Die gemeinsame Koordinierung der verschiedenen Politikfelder würde die direkte Nachbarschaft, aber auch weiträumige Planungen betreffen. Wir müssen sicherstellen, dass der Speckgürtel und die Außenbezirke harmonisch wachsen, dass ein kluges Angebot des öffentlichen Lebens gewährleistet ist, keine Doppelstrukturen oder weiße Flecken auf der Landkarte entstehen. Auch müssen wir klug planen, damit kein Wildwuchs auftaucht, der später nur mit viel Aufwand wieder behoben werden kann. Stichworte sind hier Zersiedelung, Bodenversiegelung, fehlende Frischluftschneisen für die Metropole oder Ähnliches.

Großdenken heißt für mich in diesem Zusammenhang nicht nur groß im Sinne von räumlich, sondern auch groß im Sinne von umfangreich und vielschichtig, was die Politikfelder angeht. Wir stehen vor enormen Herausforderungen, deswegen habe ich im letzten Jahr die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses in den Parlamenten angeregt. In diesem Gremium – ähnlich einer Enquetekommission – sollten wir abseits des Tagesgeschäfts Empfehlungen für künftige Planungen erarbeiteten. Etwa, was die Verkehrsinfrastruktur für die Metropolregion angeht, die Bildungsstruktur inklusive der Hochschullandschaft, die heute schon weit über die die Berliner Landesgrenzen hinausweist und vieles mehr. Wir müssen die medizinische Versorgung, die wirtschaftliche Versorgung nach den unterschiedlichen Einzugsgebieten planen, genauso wie die ausreichende Ausstattung mit Naherholungsgebieten und Freizeiteinrichtungen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass wir gute Entscheidungen auch über die Ländergrenzen hinweg gemeinsam treffen können.

Wie wichtig eine solche Koordinierung ist, zeigen aktuell schon einige Beispiele: In meinem Heimatbezirk Spandau zum Beispiel gibt es den Brunsbütteler Damm, eine vierspurig ausgebaute Ausfallstraße vom Berliner Zentrum Richtung Nord-Westen. Doch die Straße endet seit vielen Jahren im buchstäblichen Nichts, weil das Land Berlin bis zur Stadtgrenze den Anschluss an eine nahe gelegene Brandenburger Landstraße baute – die Brandenburger ihrerseits jedoch die notwendigen fehlenden Kilometer nicht schließen ließen. Solche Fälle sind ärgerlich und kostspielig und den Anliegerinnen und Anliegern kaum zu erklären. Auch die gegenwärtige Pandemie hat uns die Notwendigkeit funktionierender Absprachen zwischen den Ländern noch einmal aufgezeigt, denn es ist kaum vermittelbar, wenn etwa die Berliner Möbelhäuser alle infektionsschutzbedingt schließen müssen, das Möbelhaus 300 Meter hinter der Branden-

burger Grenze aber auf einmal öffnen darf und sich dorthin Menschenmassen auch aus Berlin begeben.

Ein positives Beispiel wie ich mir die Entwicklung der Metropolregion vorstelle, ist die geplante Verlängerung der U-Bahnlinie U7 bis zum Flughafen BER. Der Ausbau wäre die erste U-Bahnlinie, welche über die Berliner Landesgrenze hinausgehen würde. Dafür ist eine enge, hoch professionelle Planung notwendig. Umso erfreuter war ich, als kurz nach Bekanntgabe der weitergehenden, sehr konkreten Planungen durch den Berliner Senat die verantwortlichen Ministerien in Potsdam das gemeinsame Ziel bestätigt und ihren Willen zu einer guten und intensiven Zusammenarbeit in der Frage bekräftigt haben. Die Verlängerung der U7 von Berlin-Rudow mehrere Kilometer über die Stadtgrenze hinaus bis zum neuen Terminal des BER ist der Lackmustest für die zukünftige Kooperation. Ich bin dafür sehr optimistisch.

Ähnlich ambitioniert sind die Ideen, was die generelle Erweiterung der Verkehrsverbindungen nach Brandenburg betrifft. Egal ob bei Straße oder Schiene, wir brauchen kluge Konzeptionen, um die Beweglichkeit der vielen Menschen sicherzustellen. In und um Berlin gibt es genug Nadelöhre, die wir angehen müssen. Viele davon befinden sich an der Schnittstelle der beiden Bundesländer. Und auch die bestehenden Regio- und S-Bahnlinien müssen erweitert werden, um ein noch größeres Umland um die Metropole Berlin anzuschließen. Noch heute gibt es teilungs- und kriegsbedingte Wunden im Schienennetz, die von Bund, Berlin und Brandenburg endlich zügig gemeinsam beseitigt werden müssen. Und es braucht neue Verbindungen, etwa ins Brandenburger Havelland. Insgesamt brauchen wir mehr S-Bahn- und Regionalbahn-Linien mit einer höheren Taktung. Dafür wollen wir bis ins nächste Jahrzehnt rund 10 Milliarden Euro investieren. Wenn wir es dann noch hinbekommen, an günstigen Standorten ausreichend Park-and-ride-Parkplätze einzurichten, dann sind wir schon sehr weit gekommen. Sicher ist, die Verkehrswende schaffen Berlin und Brandenburg nur mit dem Bund zusammen gemeinsam.

Besonders die Metropole Berlin ist auf ein durchdachtes und leistungsfähiges Verkehrskonzept angewiesen. Die hohe Popularität der deutschen Hauptstadt strahlt auf das Umland direkt ab und bringt auch dort wirtschaftliches Wachstum. Kurz vor der Corona-Pandemie bewegte sich die Zahl der jährlichen Übernachtungen in Berlin auf 35 Millionen zu, was einem globalen Spitzenwert entspricht.

Durch den neuen Flughafen, den Ausbau auch des europäischen Netzes für Hochgeschwindigkeits- und Nachtzüge, durch die immer intensivere Vernetzung der Wirtschaft europäischer Nachbarn wie Polen boomt die Region zusätzlich. Berlin und Brandenburg werden in den kommenden zehn Jahren zu den dynamischsten Wachstumsregionen in Europa gehören, davon bin nicht nur ich überzeugt, sondern auch immer mehr Ökonomen.

Auch im Energiebereich sollten wir die Vorteile unserer Länder als Metropole und Flächenland besser gemeinsam planen und nutzen. Sie stellen die ideale Voraussetzung dar, um den gemeinsamen Ballungsraum im Sinne einer „Smart City“ miteinander zu verknüpfen und die jeweiligen Stärken auszuspielen. Brandenburg kann dabei hervorragend für den Aufbau neuer, grüner Erzeugungskapazitäten genutzt werden. In Kombination mit den ehrgeizigen Zielen Berlins, was den Ausbau der Solarenergie und dem Ziel der Klimaneutralität angeht, entstünde hier ein wegweisendes nachhaltig-ökologisches Wachstumsprojekt, das sicher deutschlandweit Aufmerksamkeit erfahren würde. Die Stärken Berlins bleiben die Forschung und die Infrastruktur, beispielsweise an den Standorten der Siemensstadt 2.0 oder dem kommenden Forschungs- und Industriestandort Berlin-Tegel (Urban Tech Republic). Die Stärken Brandenburgs bleiben die weiträumigen Entwicklungspotenziale.

Auch im Bereich des Tourismus können wir noch viel voneinander lernen und profitieren. Brandenburg verfügt nicht bloß über eine inspirierende Vielfalt an Grünflächen und Seenlandschaften, die viele Berlinerinnen und Berliner zu schätzen wissen, um am Wochenende dort Rad zu fahren, ausgedehnt spazieren oder essen zu gehen. Die historische Potsdamer Altstadt mit dem Museum Barberini, oder der Spreewald mit dem Tropical Islands sind nur zwei Beispiele für attraktive Tourismusziele, die dazu beitragen, dass die gesamte Metropolregion für Touristen aus der ganzen Welt immer spannender wird.

Die Herausforderungen für Berlin-Brandenburg sind gewaltig. Deshalb sollten wir sie auch gemeinsam angehen. Ein zuständiger Ausschuss mit Abgeordneten aus beiden Bundesländern könnte hier wichtige Weichenstellungen vornehmen. Berlin und Brandenburg befinden sich in dieser einzigartigen räumlichen Lage mitten in Europa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind aufgefordert, mit Weitblick das Beste daraus zu machen.



Einst Symbol der Teilung und des Kalten Krieges: Die Glienicker Brücke verbindet Berlin und Brandenburg.

# Gutes Klima für Berlin. Mobilitätswende sozial gestalten.

von Michael Müller

Wer Emissionen vermeiden will und es mit der Klimawende ernst meint, der muss über Verkehr reden und hier besonders natürlich über den Verkehr in Großstädten.

Hier hat Berlin in den vergangenen Jahren wichtige Zeichen gesetzt und die Mobilitätswende vor allem hin zum ÖPNV vorangetrieben. Unser Konzept als SPD ist es dabei nicht, einzelne Verkehrsarten zu stigmatisieren. Unser Konzept ist es, umweltschonende Alternativen auszubauen und durch attraktive Angebote davon zu überzeugen, dass es sauberer, schneller, angenehmer und auch günstiger ist, Bus, Bahn und das Fahrrad zu nutzen. Oder auch öfter mal zu Fuß zu gehen.

Aber, das wissen wir aus vielen Umfragen: Für die Berlinerinnen und Berliner ist der ÖPNV das wichtigste Verkehrsangebot und hier können wir als Staat die Impulse setzen, mit denen die Attraktivität erhöht wird. Dazu gehört natürlich eine schnellere Taktung, eine gute Anbindung der Außenbereiche und ein attraktives Preisangebot.

Vor 100 Jahren haben die für die Berliner Verkehrspolitik Verantwortlichen vorausschauend die Grundlagen für unser heutiges U-Bahn- und S-Bahnnetz gelegt. Sie wussten, dass nur ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr die Menschen in einer Millionenstadt verlässlich bewegen kann. Daran wollen wir in Berlin anknüpfen mit einer genauso weitblickenden Weichenstellung für zukünftige Generation.

Wir haben in den letzten Jahren viel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs getan, etwa durch den Lückenschluss der U5. Aber für die nächsten Generationen müssen wir - wie in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts - neue Vorhaben, wie etwa die Verlängerung von U-Bahnlinien im Blick behalten. Dafür wird der Senat jetzt eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Verlängerung der U 7 zum BER und in die Spandauer Heerstraße prüfen. Mir bleibt es wichtig, dass wir uns auch weiter dafür einsetzen, das Märkische Viertel an die U8 anzuschließen.

Gleichzeitig konnten wir die Ticketpreise für Monatsabonnements für viele Berlinerinnen und Berliner senken. Mit dem kostenlosen Schülerticket haben wir ein klares Zeichen gesetzt für ein familienfreundliches Berlin. Das Jobticket ist ebenfalls stark reduziert worden und bietet mit um die 45 Euro im Monat eine kostengünstige Möglichkeit, von und zum Job zu kommen und dabei gleichzeitig die Umwelt zu entlasten.

Mit meinem Vorschlag für ein 365 Euro-Ticket für ein Jahr Nahverkehr in Berlin, möchte ich den nächsten Schritt hin zu einem attraktiven Angebot machen. Denn ich bin sicher, dass es unschlagbar günstig und gut ist, wenn man für einen Euro pro Tag das Auto stehen lassen kann. Wir beweisen damit auch, dass für uns der öffentliche Nahverkehr Priorität hat.

Im Rahmen des Klimapakets der Bundesregierung sollen auch Pilotprojekte mit 365-Euro-Tickets gefördert werden. Es sagt einiges, dass der zuständige Bundesminister über ein Jahr gebraucht hat, um die Förderbedingungen für das Projekt zu veröffentlichen. Schon Anfang 2020 hatte ich Minister Scheuer angeschrieben, dass sich Berlin im Rahmen des damals verabschiedeten Klimapakets der Bundesregierung als 365-Euro-Modellmetropole bewerben wird. Jetzt ist es endlich soweit und wir werden diese Chance nutzen, einen weiteren entscheidenden Schritt hin zum 365-Euro-Ticket zu gehen und uns jetzt bewerben.

Ich bin überzeugt davon, dass die Kombination aus Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur und attraktiven Ticketpreisen auch in Zukunft

der richtige Weg ist, damit mehr Berlinerinnen und Berliner den öffentlichen Personennahverkehr nutzen und freiwillig auf das Auto verzichten.

Aber natürlich gehört zur Mobilitätswende auch, weiter bessere Bedingungen für andere umweltfreundliche Verkehrsmittel zu schaffen. In den letzten Monaten sind viele Berlinerinnen und Berliner auch pandemiebedingt vermehrt auf das Fahrrad umgestiegen. Das ist ein erfreulicher Trend, der sicher auch nach der Pandemie anhalten wird und den wir weiter unterstützen müssen. Unsere Anstrengungen für vor allem sichere, aber auch komfortable Radwege müssen wir deshalb noch deutlich erhöhen. Wir wollen aber auch die vielfach in der Vergangenheit vernachlässigten Fußgängerinnen und Fußgänger mehr in den Blick nehmen. Auch da haben wir mit dem gerade verabschiedeten Fußverkehrskapitel für das erste Mobilitätsgesetz Deutschlands wichtige Impulse gesetzt. Damit setzen wir Standards zum Schutz und für mehr Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger.



**Michael Müller**

Regierender Bürgermeister von Berlin

© Senatskanzlei / Lena Giovanazzi

Das Auto spielt in Berlin traditionell eine geringere Rolle als in anderen deutschen Großstädten. In Berlin kommen auf eintausend Einwohnerinnen und Einwohner gut 390 PKWs, während es in München, Frankfurt und Köln über 500 sind. Wo immer das Auto als Verkehrsmittel noch gebraucht wird, sollte es in Zukunft nur noch emissionsfrei fahren. Wir haben dafür auf meine Initiative im Jahr 2018 ergänzend zu den E-Prämien der Bundesregierung mit einem 10-Punkte-Plan die Elektrifizierung des Berliner Autoverkehrs weiter vorangetrieben. Damit konnten wir nicht nur mehr Ladesäulen fördern, sondern auch den umweltfreundlichen Erwerb gewerblicher und wirtschaftsnaher Kraftfahrzeuge unterstützen. Das Ergebnis kann sich schon jetzt sehen lassen: Erstmals wurden 2020 in Berlin mehr PKWs mit Elektro- und Hybridantrieb neu zugelassen als klassische Verbrennungsmotoren. Wir werden für E-Autos durch den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur zusätzliche Impulse setzen. Denn ich bin sicher, wenn gefühlt an jeder Ecke einen Ladesäule steht, verliert sich auch die Angst, das Auto nicht rechtzeitig laden zu können. Auch hier kommen wir durch eine innovative Angebotspolitik zu mehr CO<sub>2</sub>-neutralen Verkehr.

Gutes Klima für Berlin. Das ist mein Anspruch und ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass wir durch einen intelligenten und fortschrittlichen Mix aus Ausbau der Verkehrs-Infrastruktur und guten öffentlichen Angeboten Berlin zu einer klimaneutralen Stadt machen. Denn das ist die richtige Mischung für eine sozial-ökologische Verkehrswende, mit dem wir allen ein gutes und bezahlbares Verkehrsangebot machen.

## Aufwind aus Portugal?

Welche Fortschritte in der EU-Sozialpolitik wir unter dem portugiesischen EU-Vorsitz erwarten können

von Gaby Bischoff

„Time to deliver“ („Zeit, um abzuliefern“), so lautet das Motto der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft. Mit diesem verheißungsvollen Versprechen haben die portugiesischen Sozialdemokrat\*innen den Staffelnstab von der deutschen Bundesregierung übernommen. Die portugiesische Regierung hat ein straffes Programm für die kommenden sechs Monate unter ihrem Vorsitz vorgelegt. Natürlich steht diese Zeit weiter im Zeichen der Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen. Zusätzlich hat sich die portugiesische Regierung zum Ziel gesetzt, sozialpolitische Vorhaben voranzutreiben, an denen wir Sozialdemokrat\*innen seit Jahren arbeiten.

Dieser Anstoß in der EU-Sozialpolitik kommt genau zur richtigen Zeitpunkt. Wir erleben derzeit die schlimmste Gesundheits- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Europäischen Union. Die Pandemie verschärft Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit. Deshalb ist jetzt die Zeit gekommen, um zu handeln und die Europäische Säule Sozialer Rechte endlich in die Tat umzusetzen. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie konfrontieren uns mit einer Welle von Insolvenzen und Restrukturierungen, die nicht an Ländergrenzen haltmacht. Deshalb müssen wir dringend die soziale Absicherung der EU-Bürger\*innen stärken. Bereits jetzt sind fast 119 Millionen Menschen in der Europäischen Union von Armut bedroht. Auch in Berlin beobachten wir einen Einbruch im Stellenmarkt, der uns vor Herausforderungen stellen wird. Eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, europäische Mindeststandards bei der Grundsicherung, ein Rechtsrahmen für armutsfeste europäische Mindestlöhne – diese Instrumente brauchen wir jetzt dringender denn je.

Unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft wird deshalb am 7. Mai ein Sozialgipfel in Porto stattfinden, bei dem ein Aktionsplan zur Umsetzung der Säule verabschiedet werden soll. Politische Zielvorgaben reichen nicht mehr aus. Wir brauchen jetzt wirksame politische

Maßnahmen, um europaweit soziale Rechte für die Bürger\*innen durchzusetzen. Der Aktionsplan für die Europäische Säule Sozialer Rechte muss dafür kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen und Gesetzesinitiativen sowie ein ausreichendes Budget enthalten.



**Gaby Bischoff**

Mitglied des Europäischen Parlaments

© Waldemar Salesski

Der Sozialgipfel in Porto kann ein echter Kurswechsel in der europäischen Sozialpolitik sein. Die politischen Vorstöße unter dem portugiesischen Ratsvorsitz können allerdings nur dann fruchten, wenn die Zivilgesellschaft und die europäischen Sozialpartner nicht nur konsultiert, sondern wirklich einbezogen werden. Zusätzlich zum Sozialgipfel brauchen wir eine dauerhafte Plattform für die Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen und Bürger\*innen an politischen Entscheidungen in der EU-Politik. Deshalb blicke ich mit Zuversicht auf die Konferenz zur Zukunft Europas, die in allen Regionen der EU eine solche niedrigschwellige Plattform bietet. Auch für Berlin sind bereits Kampagnen und Diskussionen geplant. Ich freue mich darauf, bald mit vielen Berliner\*innen zu bewerten, ob uns der Aufwind aus Portugal einem sozialen Europa nähergebracht hat und welche Schritte wir als nächstes unternehmen müssen.

## Bessere Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter\*innen

EU arbeitet an europaweitem Standard für Arbeitnehmer\*innen

Uber, Lieferando und co. – diese Plattformen geraten zunehmend wegen ihrer schlechten Arbeitsbedingungen unter Druck. Immer mehr Gerichte urteilen, dass Plattformarbeiter\*innen als Arbeitnehmer\*innen gelten und deshalb Anspruch auf alle Rechte haben, die damit einhergehen. EU-Beschäftigungskommissar Nicolas Schmit hat es sich bereits zu Beginn seiner Amtszeit zur Aufgabe gemacht, die Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter\*innen zu verbessern.

Die Europäische Kommission hat am 24. Februar mit der Konsultation der Sozialpartner zu einem möglichen Gesetzesvorschlag, der Plattformarbeit in der EU regulieren könnte, begonnen. In einem ersten Schritt wurde die Position der Europäischen Sozialpartnerverbände zu dieser Initiative der Kommission abgefragt und diskutiert. In der anschließenden zweiten Stufe steht der Inhalt der möglichen Regulierung im Vordergrund.

Auch das Europäische Parlament hat einen Initiativbericht zur Plattformarbeit erarbeitet, der im Juni im Beschäftigungsausschuss und anschließend im Plenum verabschiedet werden soll. Darin wird

unter anderem eine weitreichende Definition des Arbeitnehmer\*innenbegriffs gefordert, um damit verbundene Rechte auf Plattformbeschäftigte auszuweiten.

Neue Studien der Kommission zur Plattformarbeit zeigen, dass viele Plattformbeschäftigte aktuell unter einem unklaren Arbeitnehmerstatus, fehlendem Schutz vor Diskriminierung und ein Mangel an Weiterbildungsmöglichkeiten leiden.

Gaby Bischoff, Berliner EU-Abgeordnete, spricht sich für eine EU-Richtlinie aus, mit der europaweit Standards in der Plattformarbeit gesetzt und gleichzeitig die unterschiedlichen Ausgangslagen in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden: „Nicht nur bei Uber muss gelten, dass Plattformbeschäftigte die gleichen Rechte haben, wie alle anderen Arbeitnehmer\*innen. Nur wenn alle Bereiche der Plattformökonomie in die Verantwortung gezogen werden, können wir faire Arbeitsbedingungen, starke Arbeitnehmer\*innenrechte und soziale Absicherung in allen Bereichen unserer Wirtschaft erreichen.“

## Mit Leitlinien Bürgerleid ersparen

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf der Kiezebene neu aufstellen

von Oliver Igel

Wer kennt die Kritik nicht: „Uns hat ja niemand gefragt, niemand informiert.“ Es sind mitunter kleine Veränderungen im Kiez, die bei Bürgerinnen und Bürgern Kritik hervorrufen – in der Sache selbst, manchmal aber auch nur, weil ein Vorhaben überraschend umgesetzt wurde. Die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse sind nach wie vor häufig im Verborgenen. Das Interesse an der Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes, des Kiezes, bleibt aber bei den Bürgerinnen und Bürgern hoch.



**Oliver Igel**  
Bezirksbürgermeister  
Treptow-Köpenick

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat nun Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung beschlossen. Sie knüpfen einerseits an den Gesamtberliner Leitlinienprozess an, andererseits sollen sie die gesetzlich geregelten Beteiligungsformen – zum Beispiel im Rahmen von Bebauungsplanverfahren – ergänzen. Treptow-Köpenick gehört damit zu den ersten Bezirken mit abgestimmten Leitlinien zur Bürgerbeteiligung. Der Weg dahin war selbstverständlich ein Beteiligungsprozess – Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung traten in einen zwei Jahre umfassenden Dialog mit insgesamt zehn intensiven Veranstaltungen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen auswählen dürfen, für welche Vorhaben und Prozesse sie ein Beteiligungsverfahren wünschen. Es sollen vor allem Vorhaben sein, über die das Bezirksamt und/oder die BVV entscheiden kann. Es können, müssen aber keine Investitionsvorhaben sein. Es kann zum Beispiel auch die Neukonzeption einer bezirklichen Begegnungsstätte sein, aber eben auch jede Maßnahme aus dem Investitionsprogramm des Bezirks. Es können und sollen aber auch städtische Gesellschaften (Infrastrukturmaßnahmen der Wasserbetriebe, Wohnungsbauvorhaben der landeseigenen Wohnungsgesellschaften) und Private bei wichtigen Vorhaben eingeladen werden, ein Beteiligungsverfahren gemäß den Leitlinien durchzuführen.

Beteiligung geht nur gemeinsam – und so haben alle Akteure in dem Verfahren Rechte, aber auch Pflichten und Verantwortungen. Gebündelt wird dies alles in einer Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung. Dort können sich Bürgerinnen und Bürger hinwenden und auch Verfahren vorschlagen. Die Anlaufstelle agiert als Lotse, informiert und zeigt Mitwirkungsmöglichkeiten auf.

Die laufenden Vorhaben des Bezirks und anderer Dritter, die ein Beteiligungsverfahren starten, sollen in einer Vorhabenliste veröffentlicht werden.

Nicht nur aufgrund der Coronavirus-Pandemie, sondern auch weil immer mehr Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Zeit und Ort an Beteiligungsprozessen teilhaben wollen, werden mehr

Verfahren in den digitalen Raum verlegt. Beteiligungsplattformen, Abstimmungen, Live-Streaming oder Videokonferenz sollen jedoch keinesfalls die klassische Beteiligung ersetzen, sondern sie ergänzen. Die zentrale Berliner Beteiligungsplattform im Internet unter „mein.berlin.de“ wird hierfür bereits eifrig genutzt und bestückt. Hier haben wir bereits bemerkt, dass wir Bürgerinnen und Bürger erreichen, die wir vorher nicht erreicht haben.

Um den digitalen Austausch auf der Kiezebene weiter zu fördern, setzt Treptow-Köpenick auf die Nachbarschaftsplattform „SoNaTe“. Übersetzt heißt die klangvolle Plattform „Soziale Technik und Nachbarschaft“. Die Plattform ist genossenschaftlich organisiert und datensicher. Hier werden im Gegensatz zu anderen Plattformen eben nicht für kommerzielle Zwecke Daten der Bürgerinnen und Bürger abgeschöpft. Genau das macht es aber auch schwer für die Plattform, sich durchzusetzen. Es steht kein großes Kapital dahinter. In Treptow-Köpenick läuft die SoNaTe als Pilotprojekt, um zu untersuchen, inwiefern Verwaltung, soziale Träger und engagierte Bürgerinnen und Bürger auch digital näher und schneller kooperieren können. Sämtliche Themen, aber auch Angebote, die für eine Nachbarschaft interessant sind, sollen darüber kommuniziert und diskutiert werden. Kommunikation und Information ist alles – und stets der Beginn eines Beteiligungsprozesses. So soll niemand mehr sagen können: „Ich habe ja gar nicht gewusst, was bei mir hier um die Ecke gerade wieder passiert.“

### Impressum

#### Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für  
Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –  
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 – 134, Fax 030 / 46 92 – 116

#### Vorsitzender: Horst Porath

Mail an Redaktion und Vorstand: [info@sgk-berlin.de](mailto:info@sgk-berlin.de)

#### Redaktion:

Sascha Schug (V.i.S.d.P.), Heiko Hanschke,  
Hans-Ulrich Oel, Norbert Przesang

#### Satz & Layout: Heiko Hanschke

#### Druck: KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht  
unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der  
Redaktion wieder.

Bankverbindung der SGK Berlin e.V.:

**IBAN DE96 1005 0000 0190 5140 86**  
bei der Berliner Sparkasse



## Neustarthilfe für Soloselbstständige

von Cansel Kiziltepe

Uns alle trifft die Corona-Pandemie hart und wir in der SPD sind uns einig, dass wir bei den Hilfs- und Unterstützungsangeboten niemanden im Regen stehen lassen wollen. Aus diesem Grund gibt es nun die Neustarthilfe für Soloselbstständige und die Kultur- und Veranstaltungsbranche.

Lange Zeit haben sich Soloselbstständige und Kulturschaffende von der Politik alleine gelassen gefühlt. Umso wichtiger ist es, dass ihnen mit einer einmaligen Betriebskostenpauschale unter die Arme gegriffen wird. Nur so können wir dafür sorgen, dass unsere vielfältige Kunst- und Kulturszene die Krise übersteht. Wie wichtig dieser Bereich unseres Lebens ist, wissen wir spätestens seit wir die unseren Alltag bereichernden Angebote aus Theater, Kunst und Musik nicht mehr wie gewohnt wahrnehmen können.

Gerade für Soloselbstständige ohne eigene Geschäftsräume oder Büros – dies gilt insbesondere für viele Kulturschaffende – waren die vergangenen zwölf Monate besonders hart. Mit der Neustarthilfe haben wir eine Antwort auf die schwierige Situation der Kulturschaffenden gefunden.

Die Neustarthilfe ist als einmalige Betriebskostenpauschale konzipiert und kann bis zu 7.500 Euro betragen. Sie wird nicht auf die Grundsicherung oder ähnliche Leistungen angerechnet. Dieses Vorgehen ist gerecht und verdient, da Soloselbstständige bisher nur in geringem Umfang von den Überbrückungshilfen profitieren konnten.

Die Bedeutung für Berlin als Stadt der Kreativen ist enorm. Die zahlreichen Künstler\*innen und Freiberufler\*innen brauchen weitere Unterstützung. Diese deutlichen Verbesserungen und leichteren Zugangsvoraussetzungen tragen dazu bei, dass Menschen aus den kreativen Berufen die kommenden Wochen und Monate überstehen.



**Cansel Kiziltepe**

Mitglied des Deutschen Bundestages

© Deutscher Bundestag / Inga Haar

Im Sommer – nach dem Ablauf der Förderung – steht dann selbstverständlich ein Kassensturz an. Nur mit einer solchen Endabrechnung verhindern wir Betrug und Missbrauch. Das ist in meinen Augen ein ganz wichtiger Aspekt. Solidarität kann nur dann gelingen, wenn alle fair spielen. Die Unterstützung muss bei denjenigen ankommen, die sie brauchen. Damit es auch in der Zeit nach der Pandemie eine vielfältige Kulturlandschaft gibt.

## Eine Strategie zur Nachhaltigkeit lebendig machen

Von der Lokalen Agenda zu den „SDG“

von Oliver Igel

„Nachhaltigkeit“ ist ein zunehmend schillernder Begriff, der nicht einfach zu fassen ist, sich aber großer Beliebtheit erfreut. Er sollte und muss mit Leben gefüllt werden. Treptow-Köpenick versucht dies mit der ersten von einem Berliner Bezirk vorgelegten „Kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie“. Sie knüpft an einen Prozess an, der schon mehrere Jahrzehnte läuft. Die Umwelt und Natur zu schützen und unsere Lebensgrundlagen zu bewahren, ist seit Jahrzehnten das Ziel vieler Menschen in Treptow-Köpenick. Die Umweltbewegung war herausragend aktiv und prägte die friedliche Revolution in der DDR 1989. Diese Umweltbewegung im wald- und wasserreichsten Berliner Bezirk blieb auch nach der deutschen Einheit aktiv. So wurde es möglich, einen Prozess der Lokalen Agenda für den dann fusionierten Bezirk Treptow-Köpenick zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Aus der Umweltbewegung ist nunmehr eine Initiative entstanden, die den viel breiter aufgestellten Gedanken von Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen in den Mittelpunkt stellt. Und damit löst die kommunale Nachhaltigkeitsstrategie den Agenda-Prozess ab.

In zahlreichen Workshops wurde mit der interessierten Öffentlichkeit gemeinsam diese neue Strategie erarbeitet. Sie soll die auf der Ebene der Vereinten Nationen erarbeiteten 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG, Sustainable Development Goals) auf der lokalen Ebene lebendig machen. Diese – auch noch so kleinen – Projekte machen den Wert dieser Strategie aus, weil sie von den Engagierten in unserer Region erdacht und nun gemeinsam

umgesetzt werden sollen. Die Projekte sind zudem eine Einladung, auf andere Art und Weise weitere Ideen zu entwickeln, wie die Nachhaltigkeitsziele in unserem Bezirk erreicht werden können.

Wir fangen nicht bei „Null“ an. Das zeigt nicht nur die eingangs skizzierte Geschichte unserer Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewegung in Treptow-Köpenick, sondern auch die in der Strategie vorgestellten praktischen Umsetzungsbeispiele, die es gegenwärtig bei uns gibt. Außerdem werden zu allen 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen neue Projektideen definiert, um diese Ziele im Bezirk zu erreichen. So soll es für das Nachhaltigkeitsziel „Armut bekämpfen“ ein Projekt einer gemeinschaftswerkstatt „Repair statt wegwerfen“ geben – ein Modell, welches zweifelsohne auch anderswo bereits genutzt wird. Das Ziel „Kein Hunger“ soll unterstützt werden, indem fairer Handel gefördert wird und öffentliche Nutzgärten eingerichtet werden. Beim Ziel Gesundheit geht es unter anderem um eine Umstellung des Schullebens und eine stärkere Teilnahme am Projekt „Stadtradeln“. Und ein letztes Beispiel: das Ziel „Sauberes Wasser“ soll mit einem Projekt zur Überprüfung, wie viel Mikroplastik in Gewässern des Bezirks vorhanden ist, erreicht werden.

Es geht uns nicht um unser eigenes Leben in der Gegenwart, welches wir uns so einfach und angenehm wie möglich zu gestalten. Sondern uns geht es darum, für uns und zukünftige Generationen einen Bezirk und eine Welt zu sichern, welche Lebensgrundlagen und Wohlstand für alle bewahrt.

## Vereine im Notstand

von Norbert Przesang

Im Kalender des vergangenen Jahres stand am 24. November die Hauptversammlung der SGK auf dem Plan. Die Einladung war bekanntgegeben, der Saal war bestellt und für die Abstandsregeln vorbereitet. Vorbereitet war auch das Prozedere der Wahlgänge, die Kandidatinnen und Kandidaten für einen neuen Vorstand hatten sich erklärt. Einige „alte“ teilweise langjährige Vorstandsmitglieder wollten das Heft weitergeben, neue standen bereit. Doch die Entwicklung der Inzidenzwerte stoppte das Vorhaben.

Was nun? Vor dieser Frage standen und stehen alle Organisationen, Parteien, Vereine, Genossenschaften.



**Norbert Przesang**

Mitglied des Vorstands der SGK Berlin

Mit dem *Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsgesetz zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie* („COVMG“) hatte der Bundestag substantielle Erleichterungen für die Durchführung von Mitgliederversammlungen von Vereinen geschaffen. Insbesondere wird es den Vereinen ermöglicht, vorübergehend virtuelle Mitgliederversammlungen einschließlich von Beschlussfassungen durchzuführen, auch wenn die Satzung derartiges nicht vorsieht.

Öffentlichkeitswirksam haben vor allem die Parteien in unterschiedlicher Form gezeigt, wie man neue Vorstände installieren kann. Inzwischen laufen fast überall Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen online, in der SPD beispielsweise sogar anspruchsvolle Abteilungsversammlungen, Kreisdelegiertenversammlungen usw. Für Wahlen stellen sich die Kandidatinnen und Kandidaten

online vor, auch Debatten laufen weitgehend problemlos. Zwar werden auch die Wahlen online durchgeführt, müssen und werden jedoch anschließend noch durch Briefwahl bzw. durch Abgabe der Stimmzettel an vorbestimmten Orten bestätigt.

Die Instrumente stehen zur Verfügung, und die meisten (Vermutung) verfügen über Online-Zugänge. Ob dabei nun Microsoft Teams, Zoom Cloud Meeting oder Cisco WebEx (mein Favorit) eingesetzt wird, ist nicht erheblich. Ja, vielleicht mag dabei jemand den Datenschutz einwenden, es könnten Leute an der Konferenz versteckt teilnehmen, die nicht teilnahmeberechtigt seien.

Nun halten wir fest, der Virus kümmert sich nicht um Datenschutz. Es geht um den Fortbestand der Organisationen, auch um eine funktionierende Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Während vielerorts in unserer schönen Welt der Umgang mit digitalen Medien zur Selbstverständlichkeit gehört, müssen wir noch ordentlich lernen. Zwar hat so mancher schon mal „geskyp“t, um mit den Lieben auch optisch Verbindung zu halten, doch skype ist wahrlich nicht für eine größere Teilnehmerzahl geeignet.

Klar ist, es muss jemand in die Hand nehmen, seine Organisation beispielsweise in WebEx registrieren, den Link an die Mitglieder schicken und die Moderation übernehmen. Ein paar Regeln sollten bei der Teilnahme auch beachtet werden (z.B. wie melde ich mich zu Wort).

Der Kostenaufwand ist überschaubar, auch wenn die normalen Kosten wie Miete weiterlaufen. Aber wie lange dürfen wir noch zuwarten, bis wir eine unbedenkliche, gefahrungsfreie körperliche Mitgliederversammlung durchführen können!

Wenn die virtuelle Mitgliederversammlung mit virtuellen Wahlen eines Vorstandes nicht willkommen ist, bleibt noch die klassische Briefwahl: die Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich mit einer persönlichen Darstellung vor und die Mitglieder schicken ihren Wahlschein mit den gewollten Kreuzchen zurück. Nicht schön, aber praktisch und ohne großen Aufwand.

### Positionspapier der Bundes-SGK

## „Mobilität für das Gute Leben von Morgen“

Der Vorstand der Bundes-SGK hat am 26. Februar 2021 ein Positionspapier zum Thema „Mobilität für das Gute Leben von Morgen“ verabschiedet. Nicht nur der Klimaschutz erfordert eine drastischere Verkehrs- und Mobilitätswende, es ist auch der damit zwangsläufig verbundene Umstieg in der Automobilindustrie auf klimafreundliche Antriebe.

Hier müssen für beide Seiten in den kommenden zehn Jahren die entscheidenden Weichen gestellt werden und zwar so, dass alle Menschen schnell, zuverlässig, barriere- und diskriminierungsfrei von A nach B gelangen (können), in der Stadt und auf dem Land.

Das Positionspapier ist auf [www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de) veröffentlicht.

### Online-Workshop Politische Werbung in Sozialen Netzwerken

**ABI**  
**August Bebel**  
**Institut**

Bei Facebook oder Twitter bleiben wir meist in der eigenen »Blase«. Wer bei Wahlen erfolgreich sein möchte, muss aber auch Menschen außerhalb erreichen. Im zweiten Social Media Workshop zeigen wir, wie mit bezahlten Beiträgen bei Facebook, Twitter oder Instagram Botschaften gezielt an bestimmte Zielgruppen vermittelt werden können.

Mit **Juri Maier** (Geschäftsführer von wegewerk)

**Do, 15. April 2021, 18 - 20 Uhr**

Die Teilnahme kostenlos, Anmeldung aber unbedingt erforderlich. Nähere Infos unter [www.august-bebel-institut.de](http://www.august-bebel-institut.de)

# Beitrittserklärung

zur Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V.

Hiermit erkläre ich mit Wirkung zum \_\_\_\_\_ meinen Beitritt zur SGK Berlin e.V.

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Bezirk

Tel. privat

Mobil-Tel.

Tel. dienstlich

Fax

E-Mail-Adresse

Geburtsdatum

Beruf, beschäftigt bei

Ich bin Mitglied

der BVV

Bürgerdeputierte/r

des Bezirksamtes

im Bezirk \_\_\_\_\_

des Abgeordnetenhauses Berlin

des Deutschen Bundestages

Die Speicherung und Verarbeitung der Daten erfolgt ausschließlich für die Zwecke der Mitgliederverwaltung (Art.6 Abs.1 DSGVO).  
Dazu erkläre ich mit meinem Beitritt meine Zustimmung.

Berlin, den \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

## Einwilligungserklärung

Ich bin damit einverstanden, dass die SGK Berlin die hier gemachten Adressangaben verwendet, um mit mir in Kontakt zu treten und mich über die Arbeit der SGK Berlin zu informieren. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Berlin, den \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

## Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die SGK Berlin e.V. (Gläubiger-ID-Nr. DE81ZZZ00001076181), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der SGK Berlin e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Meine Mandatsreferenz teilt mir die SGK Berlin separat mit. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag in Höhe von

2,00 Euro

(Erwerbslose, Azubis, Studenten)

4,50 Euro

(Regelbeitrag)

9,00 Euro

(Abgeordnete, Bezirksamtsmitglieder)

wird halbjährlich zur Mitte des Halbjahres per Lastschrift eingezogen. Enthalten ist der Mitgliedsbeitrag an die Bundes-SGK.

Kontoinhaber (Name, Vorname)

IBAN

bei Kreditinstitut

Zahlung ab (Monat / Jahr)

Berlin, den \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Per Post an:** SGK Berlin e.V., Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Per Fax an:** 030 / 46 92 - 116

**Per E-Mail an:** info@sgk-berlin.de

Na prima. Schnell eine wichtige Notiz während der Jahreshauptversammlung machen. Aber natürlich ist kein Zettel zur Hand!  
Wir hätten da die Lösung für Dich, siehe unten.  
Das SGK-forum – hilfreich in jeder Lebenslage.